

Verstärkung des wissenschaftlichen Diensts im Parlament und den Landtagen

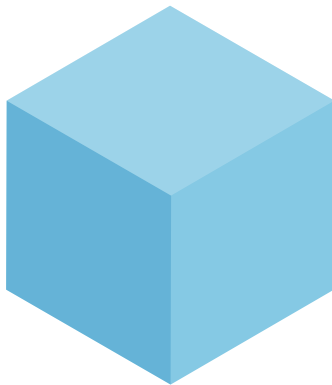
Die Materien, mit denen sich Parlamente befassen, sind teilweise hochkomplex und nicht nur mit Hausverstand lösbar. Wissenschaftliche Erkenntnisse können zwar nicht „die optimale Lösung“ liefern, weil diese jeweils von Werthaltungen und Interessen beeinflusst ist, sehr wohl aber können sie gute Entscheidungsgrundlagen sein und dabei helfen, Fehlentscheidungen zu vermeiden. In vielen Staaten werden den Parlamenten deshalb unabhängige wissenschaftliche Beiräte oder Dienste beigestellt, wie etwa der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen in Deutschland oder der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments. Diese Quellen wissenschaftlicher Information sind mit den notwendigen personellen und infrastrukturellen Ressourcen ausgestattet und stehen allen Abgeordneten gleichermaßen zur Verfügung. Häufig sind deren Erkenntnisse auch der Öffentlichkeit in Form von Berichten zugänglich. Das österreichische Parlament hat ebenfalls einen wissenschaftlichen Dienst, doch ist dieser gemessen an den vom Parlament behandelten Themen in seiner Wissensbasis viel zu eingeschränkt.

Ein ausreichend ausgestatteter wissenschaftlicher Dienst hätte die Aufgabe, alle wesentlichen nationalen und internationalen Diskurse zu verfolgen und neue Erkenntnisse, sowohl von sich aus als auch auf Anfrage der Abgeordneten, in bedarfsorientierter Form bereitzustellen. Darüber hinaus hätte er in Absprache mit der Parlamentsdirektion zu verschiedenen Schlüsselthemen Dialogveranstaltungen mit Abgeordneten, Expert:innen und der Öffentlichkeit zu organisieren.

Die Themenbreite in Österreich ist nicht geringer als in großen Staaten, ein vergleichbar ausgestatteter wissenschaftlicher Dienst im Parlament wäre aber vermutlich überdimensioniert. In der Querschnittsmaterie nachhaltige Entwicklung, einschließlich Klimawandel und Biodiversitätsverlust, könnte die Kompetenz der österreichischen Universitäten und themenspezifischer Netzwerke (z.B. Climate Change Centre Austria, Allianz nachhaltige Universitäten in Österreich, Biodiversitätshub) dem Parlament mit deutlich geringerem Aufwand als Teil des wissenschaftlichen Dienstes zugänglich gemacht werden.

Maßnahmen

- Personelle Aufstockung und Umgestaltung des wissenschaftlichen Dienstes des Parlaments zu einer Ansprech- und Vermittlungsstelle
- Analyse inwieweit diese Stelle zugleich auch die Landtage bedienen könnte.
- Vereinbarung mit Österreichs Universitäten und wissenschaftlichen Netzwerken zur Bereitstellung von Expertise im Bedarfsfall. (Kurzinformationen bis zu einem jährlichen Höchstmaß könnten über eine Pauschale abgerechnet werden, für aufwändigere Beratung wären die Kosten nach vorgegebenen Sätzen abzugelten.)
- Einrichtung eines hochschul- und themenübergreifenden Monitoringsystems internationaler und nationaler Entwicklungen mit Relevanz für die Legislative Österreichs



Demokratie und Governance

erstellt von **Bernhard Kernegger**
(Universität für angewandte Kunst) &
Helga Kromp-Kolb (Universität für
Bodenkultur Wien)

Stand: 05/2024

Handlungsebene:
Bund (evtl. auch Länder)

Kontakt:
dialog@uninetz.at

Weiterführende Literatur:

Seidel, K., Verbeek, H., Fessel, S., Meer, F. (2021): Nutzen von wissenschaftlicher Evidenz – Erwartungen an wissenschaftliche Expertise. Bericht über eine Bundestagsbefragung im Rahmen der Leopoldina-Evidenzinitiative unter Leitung von Regina T. Riphahn und Monika Schnitzer. Retrieved from https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Publikationen/Diskussionen/2021_Diskussionspapier_Wissenschaftliche_Evidenz_Web.pdf

Weiterführende Quellen:

Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments:
<https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/stay-informed/research-and-analysis>

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Parlaments:
https://www.bundestag.de/parlament/verwaltung/ua_wd/

Rechts-, Legislativ- und Wissenschaftliche Dienst (RLW) der Parlamentsdirektion, Österreich:

<https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/>